

# Beilage zu Nr. 21 der Graphischen Presse.

9. Jahrgang.

22. Mai

1896.

## Gewerkschafts-Kongress.

(Schluß.)

9. Sitzung, am 8. Mai. Der Kongress tritt in die Beratung über die Frage der Arbeitslosenunterstützung. Ueher-Lepzig befürwortet als Referent die Arbeitslosenunterstützung als wirksames Mittel zur Stärkung der Organisationen. Erst mit der Arbeitslosenunterstützung werde den Mitgliedern das volle Äquivalent für ihre Beiträge gewährt. Es werde durch die Arbeitslosenunterstützung ein Wechsel unter den Mitgliedern gehindert, den Organisationen verbleibe ein fester Stamm von Mitgliedern. Es seien jetzt 13 Organisationen mit Arbeitslosenunterstützung vorhanden und die Statistik weise nach, daß diese Gewerkschaften die stabilsten Verhältnisse aufwiesen. Als Ergänzung der Arbeitslosenunterstützung sei die Unterstützung am Orte vom höchsten Wert, die jungen Mitglieder können auf diese Weise auch einmal für die Älteren, die nicht mehr auf die Wandererschaft gehen, etwas thun. Mit 10 Pf. Beitrag pro Woche lasse sich, wie Redner an dem Beispiel der Buchdrucker und anderer Gewerkschaften nachweist, eine ganze Menge erreichen. Mit Einführung der Arbeitslosenunterstützung würde sich das Bedürfnis nach festen Lohnbestimmungen mehr und mehr geltend machen, der Vorteil fester Lohnbestimmungen sei doch allgemein anerkannt. Eine Staatsunterstützung sei nicht anzuführen. Bei Lohnbewegungen würde der Staat sofort nicht das starke Agitationsmittel der Arbeitslosenunterstützung aus der Hand lassen. Der Arbeiter habe vor allen Dingen seine Lebenshaltung zu verbessern und den Unternehmern so viel wie möglich abzunehmen. Soweit es sich um den wirtschaftlichen Kampf handelt, seien die Theoretiker auszusprechen, die wie Dr. Luz in der „Metallarbeiter-Zeitung“ nur Verwirrung anrichten. Wer sich von der Schaffung kapitalistischer Einrichtungen — die nur das Interesse am modernen Kapitalismus erhöhen könnten, etwas verspreche, mache nichts als Redensarten und wolle sich wohl um die erhöhte Beitragsleistung herumdrücken. Redner empfiehlt schließlich folgende Resolution:

„In der Erwägung, daß die Arbeitslosenunterstützung — abgesehen von deren humanitärem Charakter — die Stabilität des Mitgliederstandes in den einzelnen Organisationen in hohem Maße garantiert und in der weiteren Erwägung, daß durch diese Unterstützung auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessernd eingewirkt werden kann, indem das Angebot der arbeitslosen Hände unter den jeweilig geltenden Lohn- und Arbeitsbedingungen wenn auch nicht vollständig beseitigt, so doch ganz bedeutend vermindert wird, ernten der zweite deutsche Gewerkschaftskongress in diesem Unterstützungszweige einen bedeutsamen, ja notwendigen Förderer der gewerkschaftlichen Organisationen.“

Der Kongress legt deshalb den deutschen Gewerkschaften die Einrichtung der Arbeitslosenunterstützung dringend nahe, um die gewerkschaftlichen Organisationen in dem immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Kampfe achtunggebender und damit widerstandsfähiger zu gestalten.“

Korreferent ist Fride-Dresden. Es frage sich, ob man die Gewerkschaften zu Versicherungsanstalten ausbauen wolle oder reine Kampforganisationen schaffen wolle. Das Ansammeln von Kapitalien zur Versicherung sei hauptsächlich ein Kottetieren mit dem modernen Kapitalismus und geeignet, dem Arbeiter seine soziale Lage zu verschleiern. Das sei der Hauptfehler dieser Versicherungsanstalten. Ganz etwas anderes sei ein Streikfonds, der schließlich zum Kampf gegen das Unternehmertum notwendig sei. Zu bedenken sei auch, daß die heutige Gesellschaft, falls sie merkt würde, daß wir ihnen unbequem werden, Mittel und Wege finden würde, die aber zu unterbinden. Sollte man denn Fonds ansammeln auf die Gefahr hin, daß die Polizei schließlich die Hand darauf legt? Doch das sei alles Nebensache, hauptsächlich spreche gegen die Arbeitslosenunterstützung, daß der Arbeiter dem eigentlichen Ziele abwendig gemacht werde. Aufklärung und Agitation sei besser als Arbeitslosenunterstützung. Er wisse wohl, daß der Arbeiter, wenn er hungrig, nicht kampffähig ist, er wisse aber auch, daß in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft trotz der besten Arbeitslosenunterstützung der Hunger unter den Arbeitern nicht zu beseitigen sei. Für viele Berufe, wie im Baugewerbe und wo Saisonarbeit herrsche, sei die Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaft an sich ein Unding. Redner empfiehlt die folgende Resolution zur Annahme:

„In Erwägung, daß es unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen unmöglich ist, der kapitalistischen Gesellschaft mit rein kapitalistischen Gegenleistungen der Arbeiter erfolgreich entgegenzutreten und daß es dem Klassencharakter der modernen Arbeiterbewegung direkt zuwiderläuft, wenn man der Arbeiterschaft durch Schaffung kapitalistischer Einrichtungen unter uns ein Interesse am modernen Kapitalismus künstlich einflößt, erklärt der Kongress, daß keine Ursache vorhanden ist, dem Staate seine Pflichten für das Volk abzunehmen, sondern den Staat vielmehr zu zwingen, die Fürsorge für das werththätige Volk so zu gestalten, wie wir es fordern. Deshalb vertritt der Kongress die Arbeitslosenunterstützung und erwartet, daß diejenigen Gewerkschaften, bei denen diese noch besteht, dieselbe allmählig abschaffen.“

Redner schließt unter Hinweis auf die moderne Technik, die z. B. die Buchdrucker nach Einführung der Segmashine trotz ihrer schönen Arbeitslosenunterstützung aufzulegen lassen

werde, mit den Worten: Das ganze System der Arbeitslosenunterstützung führt zur Verkrüppelung.

Legien-Hamburg: Nach meinem Dafürhalten kann es sich für Kongress nicht darum handeln, die Gewerkschaften für oder gegen die Arbeitslosenunterstützung zu verpflichten. Die Frage steht bloß zur Diskussion und im Anschluß an die Erörterungen in der Gewerkschaftspresse soll auch hier erörtert werden, ob eine Gewerkschaft sich vom Klassenhandpunkt entfernt, wenn sie die Arbeitslosenunterstützung einführt oder die Gewerkschaften den Klassenkampf aufgeben, die ihre Arbeitslosenunterstützung beibehalten. (Beifall.)

In der Diskussion erklärt sich Wollmann-Berlin für Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Krüger-Dresden beantragt, in der Resolution Fride den letzten Satz zu streichen. Er gehe zu weit, von den Gewerkschaften mit Arbeitslosenunterstützung die Abschaffung dieser Einrichtung zu verlangen.

In der weiteren Diskussion, der übrigens bald durch einen Schlussantrag ein Ende gemacht wird, kommen fast nur Freunde der Arbeitslosenunterstützung zu Worte.

Bei der Abstimmung wird zunächst nach dem Antrage Krüger der Satz der Resolution Fride gestrichen, die solcher Gestalt abgeänderte Resolution aber abgelehnt.

Die Resolution Ueher wird, nachdem statt des zweiten Absatzes folgender Passus gelezt ist: Der Kongress empfiehlt deshalb den deutschen Gewerkschaften überall da die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, wo sich einer solchen nicht unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, mit großer Mehrheit angenommen.

Ebenfalls mit großer Mehrheit angenommen wird eine Resolution Dupont-Heine, in der gesagt ist, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften keineswegs deren Klassencharakter beeinträchtigt.

Der Kongress geht zur Beratung des nächsten Punktes der Tagesordnung über: „Die Agitation unter den Arbeiterinnen“. Die Referentin Frau Köhler-Hamburg befragt die rüchständige Entwicklung der Organisation unter den Arbeiterinnen und empfiehlt die folgende Resolution zur Annahme:

„Auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens mehr sich unaufhörlich die Verwendung der weiblichen Arbeitskraft. Die Erscheinung ist eine Folge der Thatfache, daß die Arbeiterinnen durchgängig billiger arbeiten, als die Arbeiter und der kapitalistischen Ausbeutung gar keinen Widerstand entgegensetzen.“

Es ist daher für die Arbeiterklasse ein unabweisbares Gebot der Selbsterhaltung, ein Gebot der Humanität, eine Aenderung dieses schmachvollen Zustandes energisch anzustreben.

Demgemäß verpflichtet der Kongress die Generalkommission, auch in Zukunft die Agitation unter den Arbeiterinnen in jeder Weise zu fördern.

Außerdem verpflichten sich die anwesenden Delegierten, für den Anschluß der Arbeiterinnen an die bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen Sorge zu tragen, um dadurch die Arbeiterinnen für die wirtschaftliche und geistige Hebung der Arbeiterklasse zu erziehen.“

In der Diskussion beklagten es verschiedne Redner, daß gar viele Parteigenossen sich nicht für die Frauenbewegung interessieren, teilweise auch den Emanzipationsbestrebungen hinderlich entgegengetreten.

Nicht nur die Generalkommission, sondern auch die Gewerkschaftsvorstände sollten sich die Agitation unter den Frauen angelegen sein lassen.

Buchdrucker-Gewerkschaftlerin Frä. Wen hält es für am besten, wenn die Arbeiterinnen aus den einzelnen Industrie-Gruppen unter den diesen Industrie-Gruppen angehörenden Arbeiterinnen agitieren. Da den Frauen aber die Erörterungen öffentlicher Angelegenheiten verboten sind, müßten die Männer die Frauen unterstützen. Die Buchdrucker hätten den Buchdruckerarbeiterinnen auch viel Unterstützung angedeihen lassen. So müßte es in allen Berufen sein.

In der Nachmittags-Sitzung wird zunächst die Resolution der Frau Köhler zur Agitation unter den Arbeiterinnen angenommen. Der Antrag Türk wird der Generalkommission zur Erwägung überwiegen.

Legien teilt mit, daß der Antrag der Kommission über die Aufgaben der Generalkommission in der nachträglich abgeänderten Form mit 112 Stimmen, die 213 000 Mitglieder repräsentieren, gegen 17 Stimmen mit 39 399 Mitgliedern angenommen worden ist. Zehn Delegierte, die 18 641 Mitglieder vertreten, schieden bei der Abstimmung.

Ausbann geht der Kongress zum nächsten Punkt der Tagesordnung: Die Arbeitsvermittlung als gewerkschaftliche und kommunale Einrichtung.

v. Elm-Hamburg hält das Referat, das er mit einer Schilderung der Verhältnisse in Paris inbezug auf die Arbeitsvermittlung einleitet, die das Ideal der Arbeiter aller anderen Länder sei. Er warnt vor allzu großem Vertrauen in die Staatshilfe. Seine Ausführungen gipfeln in einer ausführlichen Resolution, deren Leitgedanke mitgeteilt seien:

„Grundfähig abzulehnen ist jede Erwägung der Möglichkeit einer gemeinsam geführten Arbeitsvermittlung zwischen Arbeiter und Arbeitgeber. Der Einfluß des Kapitals auf die Kommunalverwaltung ist heute noch ein so großer, daß bei allgemeiner Einrichtung kommunaler Arbeitsnachweise diese nur den Interessen des Kapitals dienen werden.“

Es ist deshalb ein Irrtum, von der Einrichtung kommunaler Arbeitsnachweise eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes zu erwarten; bei eintretenden Lohn-

differenzen werden die kommunalen Arbeitsnachweise eine besänftigende Gefahr für die Arbeiter insofern bilden, als dieselben entgegen ihren Interessen gehandhabt werden. Will der Staat oder die Kommune etwas für die Arbeitsvermittlung thun, so haben sie sich nach Ansicht der Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterklasse Deutschlands lediglich darauf zu beschränken, den Arbeitern die perfekten Mittel hierfür zu gewähren nach Art der auf mercantilen Gebieten zum besten der Kaufmannschaft errichteten Handelsbörsen.

Für die Spezialbranchen ist eine Leitung durch Fachleute eine unbedingte Notwendigkeit. Der zweite Kongress der Gewerkschaften Deutschlands warnt deshalb die Arbeiter aller Orte von jeglichem Experiment auf einer anderen Grundlage als der alleinigen Leitung von Arbeitsnachweisen durch die Organisationen der Arbeiter. Der Arbeitsnachweis muß den Gewerkschaften gehören.“

Hoffmeier-Hamburg (Vertreter der Kellner) beleuchtet die Verhältnisse der Stellenvermittlung im Kellnergewerbe. Die 14 Stellennachmittler in Hamburg verdienen von den arbeitstüchtigen Kellnern 150 000 M. jährlich. Sie locken junge Kellner aus der Provinz nach der Großstadt, nehmen ihnen 20, 30, 40 M. ab teilen den Raub mit den Galtwörtern. Ich will das „geheißene Verbot“ aus meinem Antrag streichen, verlange aber eine Bekämpfung dieser Art Stellenvermittlung. (Beifall.)

Die Resolution v. Elm wird mit großer Majorität angenommen, ebenso der Antrag Hoffmeier betr. die private Stellenvermittlung gegen Entgelt.

Timm-Berlin referiert über den nächsten Punkt der Tagesordnung: Hausindustrie und Schweißsystem. Er empfiehlt eine Resolution zur Annahme, die sich unter Hinweis auf die Verhältnisse in der Konfektionsindustrie und der Tabakindustrie, in der Sattlerei, Ledergalanterie-Industrie, der Tabakindustrie, in Holzbearbeitungs-Gewerben und der Lithographie gegen die rüchständige Betriebsform der Hausindustrie und das Schweißsystem erklärt. Da vom Staate keine Hilfe zu erwarten ist, so erklärt der Kongress, daß die Arbeiter selbst alle Kraft einsetzen müssen dafür, daß an stelle der Hausindustrie und des Schweißsystems geordnete, der Gewerbeordnung unterworfenen Betriebsverhältnisse unter Vermittelung des Zwischenmeisterstystems treten. Der Kongress befragt es, daß der Staat noch immer Arbeiten vergibt, ohne daß er untersucht, ob dieselben durch Zwischenmeister ausgeführt werden. Seine Beratung drückt der Kongress über den Vorbruch der Berliner Herren- und Knaben-Konfektionsländer aus. Sämtliche organisierten Arbeiter Deutschlands verpflichten sich, die Konfektionsarbeiter und Näherinnen in dem Kampfe zu unterstützen, der notwendig werden wird, um endlich einigermaßen Ordnung in die Konfektions-Industrie zu bringen.

Sassenbach-Berlin konstatiert, daß aus einer vor drei Viertel Jahren an alle Kriegsministerien gefandene Petition, in der gebeten wird, die Sattlerarbeiten nicht durch Zwischenmeister herstellen zu lassen, von keinem einzigen bundesstaatlichen Kriegsministerium eine Antwort eingegangen ist.

Nach kurzer Debatte wird die Resolution Timm einstimmig angenommen. Der Generalkommission wird die Aufgabe zugewiesen, Material über die Hausindustrie zu sammeln und dieses in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

Es folgt der letzte Punkt der Tagesordnung: Verschiedene Anträge. Es wird beschlossen:

Die Generalkommission soll mit den Gläubigern in Verbindung treten, ob sie nicht auf die gegebenen Darlehen im Interesse der Gewerkschaftsbewegung verzichten wollen. Dem Verband der Müller werden 1000 M. bewilligt.

Resolution Sillers: Den Gewerkschaften wird empfohlen, ihre Beiträge möglichst zu erhöhen.

Eine Anzahl Resolutionen, die Wünsche auf verstärkte Agitation bei den Müllern, Bauhandwerkern, Hüttenarbeitern u. enthalten, werden der Generalkommission zur Erwägung und Befolgung überwiegen.

Ein Antrag, bei allen Umständen die Forderung auf Arbeitsruhe am 1. Mai zu stellen, wird abgelehnt. Ein Antrag auf Herausgabe einer Markkarte durch die G. A. wird ebenfalls abgelehnt.

Ueber eine Anzahl Anträge, die Statutenänderungen und Organisationsfragen betreffen, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Mehrere Anträge, die sich auf die Verschmelzung der einzelnen Organisationen beziehen, werden als durch das Organisationsstatut der Generalkommission für erledigt betrachtet.

Legien weist in seinem Schlusswort auf die Wertner Gewerbeausstellung hin. Tausend fleißige Hände haben dort die herrlichen Gebäude, die komplizierten Maschinen, die kunstvollen Gegenstände aller Art geschaffen, tausenden wird es aber nicht einmal vergönnt sein, alle diese Wunder der Industrie in Augenschein zu nehmen. Der Arbeiter befindet sich im harten Kampfe mit den Unternehmern, um den Preis der Arbeitskraft, ihn zu führen ist die Aufgabe nicht der politischen Partei, sondern der Gewerkschaften.

Trop mancher Differenzen, inbezug auf die Taktik, ist der Kongress sich schließlich einig geworden und diese Einigkeit werde ihre Früchte tragen.

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Gewerkschaftsbewegung, die Eringung besserer Arbeitsbedingungen und den Anbruch einer schöneren Zeit, schließt der Redner den 2. Gewerkschaftskongress.

### Buchdruckerbewegung.

Wie wenig ernst es den Prinzipalen mit der Durchführung der gemeinlich mit den Gehilfen vereinbarten Verlängerung der Arbeitszeit ist, geht daraus hervor, daß, nachdem der Einführungstermin verlossen ist, ein sehr erheblicher Teil auch nicht die geringste Miene macht, sein gegebenes Wort einzuhalten. Wohlthätig scheint sich die Tarifrevision abzuwickeln. In Leipzig hat es die Innung der Buchdruckerbereiter bereits dahin gebracht, daß die Gehilfenvertreter ihr Amt niedergelegt haben. In einer von ca. 1800 Buchdruckern besuchten Versammlung in Leipzig wurde das Verhalten der Innung scharf getadeln. Besonders war es der Redakteur des „Correspondent“, A. Gschl, welcher sich wie folgt äußerte:

„Die Gehilfenleitung habe sich mit den Tarifverhandlungen unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, daß die Vereinbarungen freiwillig und anstandslos von den Prinzipalen allgemein eingeführt würden. Ein Sperling in der Hand könnte ja besser dünken als eine Taube auf dem Dache. Nachdem man aber schon jetzt die Wahrnehmung machen müsse, daß nicht einmal die einfachsten und selbstverständlichen Vorbedingungen der versprochenen Tarifsenkung eingehalten würden, die Annahme des Tarifs in Deutschland, entgegen den gemachten Hoffnungen, gleich Null sei, so sei die Abmüdung hinfänglich. Die Zustände der Prinzipale bedeuteten ein Danaergesicht.“

Man hoffe bei Eintritt in die Verhandlungen auf die Einsicht der Prinzipale und er habe zu der Taktik gegen seine innerliche Ueberzeugung notgedrungen seine Hände gereicht und mitgeholfen, das bestmögliche zu erlangen; ja Probe aus Beispiel konnte gesehen. Nachdem er aber klar durchschaute, wie die Gehilfenchaft hintergangen werden solle, nachdem er in der Subkommission die Metamorphose in den Darbietungen habe wahrnehmen müssen und die Versprechungen kühl gebrochen wurden, sei sein letztes bißchen Vertrauen wieder dahin und er mache nicht mehr mit. Schon das Kunststück, durch welches im Handumdrehen aus der dreijährigen Dauer des Tarifs eine solche von fünf Jahren gedreckelt wurde, sei kennzeichnend. In der Klausel von der „fortdauernden Verabreichung“ liege der Kniff. Die Herren nähmen die Pflichten der Tarifführung jetzt auf ihre Schultern, die Gehilfen sollten und wollen sich ja auch um die Durchführung der Bogatelle nicht kümmern. So würde denn der Tarif nicht auf einmal in allen Tariffabriken angenommen, sondern die Einführung müßte eingeteilt, so daß vielleicht im ersten Jahr ein Drittel sämtlicher Druckereien ihn einführen, im zweiten Jahr das zweite Drittel und im dritten das letzte. So schreite die Verabreichung fort, aber ohne daß eine bisherige Nichttariffabriker hinzukäme. Weder belege die Nichtigkeit seiner Darlegungen mit den bisherigen Vorgängen: Es sei offenbar, man beabsichtige Schindluder mit den Gehilfen zu spielen. In welche moralische Niederlage solle die so herrlich begonnene Bewegung auslaufen! 1889 bei den Verhandlungen in Stuttgart haben die Gehilfen nach langem Sträuben eine zweijährige Dauer des Tarifs zugestanden; jetzt, wo unsere Organisation viel weiter sei, wolle man fünf Jahre annehmen, trotzdem der Tarif nicht wert sei, ein Vierteljahr zu existieren! Entziele er theilhaftig Vorteile anstatt Fallstrick für die Kollegen, die Prinzipale würden ihn sicherlich gar nicht festgelegt haben wollen, um ihn bald wieder zu befeitigen. (Beifall. Sehr richtig!) Die Gehilfenchaft könne aber auch schon deshalb nicht auf den Tarif eingehen, weil er sie spitzbütere. Die heillosen Verfahren, welche sich jetzt schon bei der „riedlichen und freimüthigen“ Einführung“ zeige, würde sich ins grauenhafte bei längerer Dauer steigern. Das schlimmste aber sei, daß bei der Anerkennung aus, weil die Pflege der Tarifangelegenheiten Aufgabe der Organisationen beider Parteien ist und verweigert jedes materielle Opfer für solche Nebenorganisation. Die Verammlung gibt dem Gehilfenvertreter auf, in diesem Sinne sein Mandat auszuüben.“

Es wird sich zeigen, ob diese entschiedene Sprache, welche von der Versammlung vollständig geteilt wurde, einen Eindruck auf die Leipziger Innung sowohl als wie auf die Buchdruckerwelt im allgemeinen macht. Bei den in Berlin gegenwärtig stattfindenden Tarifverhandlungen des Verbandes mit der Prinzipalvereinigung, hat man das Verhalten der Leipziger Innung, aber auch die Haltung des „Correspondent“ beurteilt.

der Prinzipal, ehe die Instanzen durchlaufen seien, längt mit seinem Verjonal aufgeräumt haben. Freilich, das „harmonische Zeltarter“ sei erreicht, wenn die Prinzipale schon über die Berechtigung der Streiks mit urteilen. Es zeige sich eben bei dem Plane, von dem Herr Ramm kümte, daß er seit Jahren schon in der Schublade der Prinzipalsleitung liege, daß uns Gehilfen die Prinzipale in der Diplomatie „über“ seien. Das sei nur natürlich. Sie strengten sich ja das ganze Jahr über an, ihre Verjonale diplomatisch zu behandeln und auch ihre kaufmännische Tätigkeit, der geschäftliche Verkehr mit den Auftraggebern bedinge ihre Ueberlegenheit im Markten. Deshalb erklärte Redner, daß das ganze Verhandeln, unsere gesamte Diplomatie gegen die der Prinzipale bankrott gemacht habe. (Sehr richtig! Allgemeine Zustimmung.) Darum müße zu einem Systemwechsel gegriffen werden (Sehr richtig!), der in der Folge zu diskutieren sein werde. Vorläufig wollen wir kein Pläne unterstützen, die den Zweck haben, den Verband zum Abhandeln zu bringen. Wir sollen mit den Prinzipalen eine Kartellkaffe schaffen, wie sie großartig für Unternehmerrzwecke nicht gedacht werden könne. Die gemeinschaftliche Kartellkaffe soll eine integrierender Teil des Tarifs werden, derartig, daß jeder tarifreue Prinzipal und Gehilfe auch in sie zu steuern habe. So sollen die Gehilfen ihre Kollegen und die Prinzipale mit in die Großenacht drängen, eine Neuaufgabe jener, welche der D. B. V. allein nicht auf die Strümpfe bringen kann! Die unerfollen Pläne fordern unsere Vossage für immer. Wir dürfen keine Instruktionen ertichten helfen, die sich schließlich je der unter Vörsitz der Gehilfenchaft errichtete Arbeitsnachweis in Leipzig nach den eignen Worten des Herrn Ramm zu einer Zuchtstrafe für die Gehilfenchaft ausgestalten. Denn sobald wieder der vorauszuiehende Fall wie 1891 einträte, daß die Gehilfen sich von den gemeinschaftlichen Einrichtungen zurückziehen müßten, wirtschaften die Prinzipale mit den Anstalten gegen die Gehilfen weiter. So haben wir denn in der jetzigen Bewegung den Krug bis auf die Naege geleert und der letzte Kollege wird endlich einsehen, wie ruinös es für uns wird, uns mit den Wegnern einzulassen. Ich persönlich habe bis jetzt in der Bewegung meine Meinung hinter diejenige anderer zurückgestellt. Sätten die Prinzipale ihre Zusage ehrlich gehalten und nichts Uiberdringliches verlangt, so hätte auch ich mich mit dem Resultate zufrieden gegeben. Aber nach den gemachten Erfahrungen muß ich, fühle ich mich dazu unabänderlich verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß wir unehren und Licht schaffen müssen. Das System der „riedlichen“ und hingezogenen Verhandlungen ist veraltet, gleich der lebernen Kanone gegen ein modernes Kruppisches Geschäß. Ich erkläre rund heraus, die Taktik muß geändert, das reine Gewerkeprinzipal herausgeholt werden. (Sehr gut! Beifall.) Wir wollen es einfach für die Zukunft vermuten, daß man uns während des besten Zeitpunktes für das Borgehen mit schönen Versprechungen füttert, um uns nachher auszulachen. (Sehr gut!) Wir haben gelernt und wollen nichts vergessen. Es liegt mir fern, Bewegungen herauszubehören, ich bin kein Hellschorn und will bei den Prinzipalen, bei denen ich so gefährdet bin, keinen Zweifel darüber lassen, daß ich nicht zum Streik reize, aber ich will verhindern, daß dem Verbande die Aktionsfreiheit, die Lage seiner Mitglieder entsprechend der Konjunkturen gerecht zu verbessern, geraubt wird. Deshalb schlage ich ihnen, entgegen dem Vorschlage der Elite der hiesigen Gehilfenchaft, unsere Vertreter zurückzugeben, die Annahme folgender Resolution vor: Die heutige allgemeine Buchdruckerversammlung zu Leipzig verlangt, daß die gegenwärtigen Tarifvereinbarungen nicht länger als von Jahr zu Jahr gelten, derartig, daß sie zum erstenmale mit Ende 1896 ablaufen. Wird von seiner Seite eine Menderung beantragt, so gelten sie jedesmal ein Jahr weiter. Die Versammlung spricht sich entschieden gegen die Schaffung eines neuen Tarifamtes und einer tariflichen Nebenorganisation aus, weil die Pflege der Tarifangelegenheiten Aufgabe der Organisationen beider Parteien ist und verweigert jedes materielle Opfer für solche Nebenorganisation. Die Versammlung gibt dem Gehilfenvertreter auf, in diesem Sinne sein Mandat auszuüben.“

### Farben-Photographie.

Als in einer Berliner photographischen Zeitschrift die Konkurrenz in fertigen Photographien nach Sippmann, welche die „Société française de Photographie“ ausgeschrieben hatte, bekannt gegeben wurde, begleitete die Redaktion diese Notiz mit dem Hinweis auf den Eifer der Franzosen bei Lösung dieses Problems. Daran war die Frage geknüpft: Wird man sich in Deutschland nicht auch bald regen?

Als diese Notiz dachte ich, als die ersten Nachrichten über das neue Verfahren des Dr. Sella durch die Tagespresse die Kunde machten. Wenn auch der allgemeinen Anwendung dieses neuen Verfahrens große Schwierigkeiten entgegenstehen, so läßt sich doch nicht leugnen, daß durch Dr. Sella's Arbeiten das Problem der Farbenphotographie seiner Lösung um ein gut Stück näher gerückt ist.

Im Allgemeinen betrachtet man allerdings zugegeben werden, daß die Photographie in natürlichen Farben sich noch sehr im Anfangsstadium befindet, trotzdem die schon im Jahre 1810, also vierzehn Jahre vor der Erfindung der Photographie durch Niepce, gelang es dem

Jenenser Professor Seebeck eine direkte Uebertragung natürlicher Farben zum Teil durchzuführen. Die Resultate seiner diesbezüglichen Versuche sind in Götthe's Farbenlehre niedergelegt. Auf ein mit feuchtem Hornsilber (Hornsilber) beschichtetes Papier ließ Seebeck durch ein Prisma die Strahlen des Sonnenspektrums — Roth, Orange, Gelb, Grün, Blau, Indigo, Violett — fallen. Er ließ während 15—20 Minuten die Stellung unverändert und erhielt auf dem Papier fast alle Farben des Spektrums, zum Teil rein, zum Teil unaußer und etwas entfleckt. Seebeck's Versuche wurden jedoch bald wieder vergessen; erst nach dreißig Jahren brachte John Herschel sie wieder in Erinnerung.

Als der eigentliche Erfinder der Photochromie darf wohl Bequerel gelten, der in den fünfziger Jahren seine Versuche machte. Er stellte fest, daß die UeberEinstimmung der abgebildeten mit den natürlichen Farben Gießsilber und Abweichungen nur von störenden Ursachen herrühren. Auf die Arbeiten von Bequerel folgten die von Niépce de Saint-Victor, der statt der von Bequerel benutzten Silberplatten, versilberte Kupferplatten in Anwendung brachte. Die Versuche beider zeigten recht gute Resultate, die natürlichen Farben des Sonnenspektrums wurden wiedergegeben, bei Licht aber verschwanden die Bilder wieder; sie waren nicht fixierbar.

Auf Bequerel und Niépce folgte Boitevin der ungefähre dieselben Resultate wie seine Vorgänger erzielte, aber statt der Platten Papier nahm, welches mit einer Schicht Chlor Silber überzogen war. Aber auch die nach dem Boitevin'schen Verfahren erzielten Bilder waren ebenso wenig haltbar, als alle vorher geschaffenen Aufnahmen. Am Nächten vergingen die Bilder nach kurzer Zeit und außerdem erlitten die Farben noch sehr unvollkommen.

Das Bestreben aller Gelehrten, die sich mit der Photochromie beschäftigten, mußte nunmehr darauf gerichtet sein, die Bilder so herzustellen, daß sie für längere Zeit haltbar waren.

Auf dem Boitevin'schen Verfahren versuchten mehrere Forscher weiter zu bauen und namentlich war es ein Schweizer, Kopp in Münster, dem es auch gelang, das Verfahren so zu modifizieren, daß man schon heute, auf diesem Wege das erstrebte Ziel zu erreichen. Kopp starb jedoch 1891, ohne daß er seine Versuche zum Abschluß bringen konnte.

In demselben Jahre erschienen die Versuche des französischen Physikers Gabriel Lippmann in Paris. Die Mitteilungen darüber machten großes Aufsehen, war es Lippmann doch gelungen, das Sonnenspektrum dauernd und haltbar fertig zu photographieren, indem er als lichtempfindliche Schicht äußerst fein verteiltes Bromsilber benutzte. Diese lichtempfindliche Schicht der besonders präparierten farbigen Trodenplatten, wurde in unmittelbare Berührung mit einem Quarzglasobjekt gebracht.

Da die Photochromie nach Lippmann'schem System, wie E. Valente in seiner vorzüglichen Darstellung bemerkt, „eine der interessantesten Erscheinungen der physikalischen Chemie“ ist, so war es ganz erklärlich, daß das wiederholende Verfahren viele zur Nachahmung anspornte.

Von der großen Reihe der Experimentatoren seien hier nur erwähnt: Zwirg, Florent, Krone, Valente und Lumière, die alle durch Verfahren, die sich mehr oder weniger von dem Lippmann'schen durch größere oder geringere Modifikationen unterschieden, recht gute Resultate erzielten.

Besonders Lumière führte im Jahre 1892 in Lyon und 1893 in Genf farbige Photographien, Landschaften und auch Portraits, vor, die in vielfacher Hinsicht — namentlich aber in den brillanten Wiedergaben der Farben — die Lippmann'schen Versuche weit übertrafen.

In der Praxis bewährte sich aber auch das Lippmann'sche Verfahren nicht, da es in erster Linie viel zu unsicher ist. Nur wenigen von den vielen Experimentatoren gelang es erfolgreich Aufnahmen so Wege zu bringen, so daß es gegenwärtig, wie Dr. Neufuss bemerkt, auf der ganzen Welt „kaum zwei Duzend brauchbarer Aufnahmen von Wilschfarben giebt“.

Die Farbenwiedergabe ist allerdings bei diesen wenigen Aufnahmen eine zufriedenstellende und die Bilder lassen sich wie alle anderen fixieren, aber die Platten sind sehr unempfindlich.

Da also alle diese Verfahren nicht praktisch verwertet werden konnten und man wenig Aussicht hatte, die natürlichen Farben überhaupt jemals auf direktem Wege photographisch aufzunehmen, so haben die jüngsten, auf Wiedergabe der Naturfarben gerichteten Bestrebungen den bisherigen Weg verlassen.

Die neuesten Versuche suchen auf der Young-Wellm'schen Farbentheorie, welche ansieht, daß wir überhaupt nur drei Grundempfindungen für Farben besitzen. Mit Hilfe dreier Farben, Roth, Gelb, Blau, deren Mischung Weiß ergeben muß, können wir alle existierenden Farbenempfindungen hervorufen.

Dieses Prinzip benutzte Professor Joly in Dublin um einen neuen Weg zu erfinden, auf dem es möglich ist, farbige Photographien zu erhalten.

Nach dem Joly'schen Verfahren wird ein sogenannter Master vor die lichtempfindliche Schicht gestellt. Dieser Master besteht aus einer Glasplatte, auf der abwechselnd rote, blaue und gelbe Linien gezogen sind. Von diesen Linien kommen acht auf einen Millimeter. Bei der Aufnahme erhält man ein Negativ, das alle Kontraste der Natur entgegengesetzt zeigt und das man erst in ein Diapositiv verwandeln muß, um die richtigen Licht- und Schattentöne herzustellen zu erhalten. Dieses Positiv ist noch farblos. Um es farbig erscheinen zu lassen, legt man wieder den dreifarbenen Master davor, natürlich so, daß die roten, blauen und gelben Linien dieselben Punkte treffen, wie im Original.

Schluss folgt.